

## **Die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl ...**

Liebe Mandatsträger, Delegierte, Mitglieder und Freunde der niederbayerischen ÖDP,  
haben Sie es gedanklich parat, wo dieser Satz geschrieben steht:

Die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl ... Die wirtschaftliche Freiheit des Einzelnen findet ihre Grenze in der Rücksicht auf den Nächsten und auf die sittlichen Forderungen des Gemeinwohls.

Sie finden diese Sätze in Art. 151 der Verfassung des Freistaates Bayern.

Kommt einem das nach den Siemensplänen in Ruhstorf nicht vor wie ein Programmsatz aus einer anderen fernen Zeit? Wie aus einer anderen Welt? Wie steht es um die Verfassungswirklichkeit?

Wenn bei Feiern und festlichen Anlässen das Lied der Bayern gesungen wird, dann singe ich diese Hymne auf unser schönes Land stets aus der Überzeugung heraus mit, dass man sein Bekenntnis zu den in der Verfassung formulierten Staatszielen nicht schöner zum Ausdruck bringen kann.

Ein Bekenntnis zu unserer Bayerischen Verfassung, in der ja bekanntlich einiges steht, an das sich nicht mehr alle, die da immer mitsingen, gerne erinnern:

- über den sittlichen Wert einer jeden ehrlichen Arbeit, die ein Auskommen ermöglichen muss. Wie lange haben wir auf den Mindestlohn warten müssen!
- über den Schutz des arbeitsfreien Sonntags...
- über die Bewahrung des Naturerbes
- über die Gemeinwohlverpflichtung des Eigentums

Wir stehen vor der Frage: Wie kann dieses „Staatsziel Gemeinwohl“ Realpolitik werden? Ich bin überzeugt, es geht nur unter einer Voraussetzung: Gemeinwohl und Solidarität brauchen den handlungsfähigen, ökologische und soziale Standards setzenden Staat.

Und deshalb sage ich: Wer sich auch heute für den Vorrang des Politischen gegenüber wirtschaftlichen Einzel- und Großkonzerninteressen einsetzt, der hat den Geist dieses guten alten Verfassungstextes wirklich verinnerlicht. Und wer für staatsentmachtende Freihandelsabkommen wie TTIP, TISA und CETA trommelt, der macht den Staat handlungsunfähig, der riskiert das Gemeinwohl, der riskiert, dass Verbraucher- und

Sozialstandards vor privaten internationalen Schiedsgerichten geopfert werden. „Über den Verfassungsbestand unserer westlichen Rechtsstaaten soll ein globales Regelwerk gewölbt werden, dass niemand versteht, keiner kontrolliert und alle beherrscht – eine Art weltliche Scharia des Manager-Kapitalismus, sagte kürzlich Peter Gauweiler, den ich zum ersten Mal bei einer ÖDP-Veranstaltung mit Anerkennung für die Klarheit seines Wortes zitiere.

Aber diese Feststellung alleine genügt nicht. Man muss die persönliche Erkenntnis auch in eine politische Entscheidung umwandeln. Die einzige Partei, die sich dem schrankenlosen Manager-Kapitalismus widersetzt und Konzernspenden kategorisch ablehnt, ist und bleibt die ÖDP.

Ich glaube, dass der Ur-Vater unserer bayerischen Verfassung Wilhelm Hoegner es nicht für möglich gehalten hätte, wie 70 Jahre später am Vorrang der Politik vor dem Ökonomischen gerüttelt und den Lobbyisten Tür und Tor geöffnet wird – nicht nur von den Schwarzen, nein auch von Sozialdemokraten wie Sigmar Gabriel (wenn er den einer ist) und Martin Schulz. Und auch der Betreuungsabgeordnete der SPD im Landkreis Rottal-Inn, Herr Staatssekretär Pronold kämpft für CETA.

Ich sage: Wer das letzte Wort einer Paralleljustiz überlässt und staatliches Handeln dem internationalen Großkapital unterordnet, ist vielleicht alles Mögliche, aber bestimmt kein Sozialdemokrat.

Unsere Leitkultur, die Leitkultur der Ökologisch-Demokratischen Partei ist die bayerische Verfassung.

Nirgendwo wird so häufig auf sie Bezug genommen wie in den Veranstaltungen der ÖDP. Und weil man sich wie gesagt nicht schöner zu ihr bekennen kann als durch das Lied der Bayern, mache ich den Vorschlag, dass wir ab heute bei unserem Niederbayerntag das Lied der Bayern erweitern um die Strophe 3 von Josef Maria Lutz.

***Gott mit uns und Gott mit allen,***

***die der Menschen heilig Recht***

***treu beschützen und bewahren***

***von Geschlechte zu Geschlecht.***

...

Diese 1946 verfasste Strophe 3 von **Josef Maria Lutz** ist zeitgerecht, sie benennt die Menschenrechte und verpflichtet zum Umdenken:

Auch wird durch den Text der Strophe 3 („...und Gott mit allen...“) die Zentrierung auf das Bayernvolk aufgegeben: Der Segen möge mit allen sein, die sich um das Menschenrecht aktiv sorgen.

Diese Lutz-Version, von Ministerpräsident Goppel 1966 empfohlen und später von FJS kassiert, steht im Übrigen auch im „Gotteslob“ verschiedener altbayerischer Bistümer.

Bernhard Suttner hat die alte dritte Strophe wieder entdeckt. Die amtliche Einführung dieser Strophe sollten wir per Petition an den Landtag beantragen und wir bitten diese Versammlung, sich diesem Vorschlag anzuschließen.

[Strophe 2 steht zwar im Widerspruch zur bayerischen Realpolitik, muss aber dennoch zur Gewissenerforschung bei Zusammenkünften der Staatsregierung und der CSU unbedingt weiter gesungen werden.

„...dass mit Deutschlands Bruderstämmen einig uns ein jeder schau...“, das widerspricht nun wahrlich der langjährigen politischen Praxis der Staatsregierung. Die Einigkeit mit Deutschlands Bruderstämmen wird von der Staatsregierung gerne einer schamlosen Egozentrik geopfert.

Strophe 3 bringt zum Ausdruck, was wir von der ÖDP in unserem Herzen verinnerlicht haben:

Dass es eben nicht nur um uns und unseren Geldbeutel geht, sondern „um der Menschen heilig Recht“. Und das gilt überall auf dem Planeten und auch in der Zukunft. Strophe 3 ermahnt uns, nicht zuzulassen, dass unser Land Mitverantwortung trägt für ungerechte ausbeuterische Handelsbeziehungen, für Ausgrenzung durch Freihandelsabkommen.

Viele ÖDP-Mandatsträger in kreisfreien Städten und Landkreisen beantragen zur Zeit beispielsweise, dass die kommunalen Bestattungssatzungen geändert werden und neue Grabsteine nur noch aufgestellt werden dürfen, wenn sie nachweislich in der gesamten Wertschöpfungskette ohne ausbeuterische Kinderarbeit hergestellt worden sind. Ein kommunaler Baustein auf diesem Weg.

Die neue Strophe 3 wäre auch eine beständige Erinnerung daran, dass sich unser Land mitschuldig macht an den Fluchtursachen der Gegenwart durch skrupellose Waffenexporte.

Nirgendwo wird die Nähe zwischen politischen Entscheidern und Lobbyisten so offen und unverblümt gesucht wie beim Waffenexport. Es gibt da sogar ein institutionalisiertes Begegnungsforum: die Deutsche Wehrtechnische Gesellschaft. Wer ist da drin? Da sitzen:

- Die Lobbyisten der Rüstungsindustrie
- Beamte aus dem Verteidigungsministerium

- und natürlich Politiker von CDU, CSU, SPD und FDP.

In dieser Deutschen Wehrtechnischen Gesellschaft wird jede gebotene Distanz zwischen Parlamentariern, Ministerialbeamten und Rüstungslobbisten aufgegeben. Deshalb findet man deutsche Waffen in den Krisengebieten der Welt und Flüchtlinge auf dem Weg nach Europa.

Bestärkt fühlen dürfen wir uns in der Forderung nach einem Verbot von Waffenexporten auch durch die klaren Worte des Bamberger Erzbischofs Ludwig Schick, der transparentere Genehmigungsverfahren und restriktivere Vorgaben für Rüstungsgeschäfte gefordert hat.

Ganz anders Wolfgang Schäuble (wahrscheinlich hat er endlich den schwarzen Koffer von Schreiber wieder gefunden, der bislang als verschollen galt): Schäuble fordert weniger strenge Regeln und ist damit wieder einmal der Beweis dafür, wie Politik moralisch verkommen kann, wenn Sie mit satten Beträgen aus den Konzern- und Industriekassen gefüttert wird.

Ein weiteres Thema beschäftigt uns seit einem Jahr verstärkt und ist gegenwärtig hochaktuell:

Die vom Minister Söder angestrebte Lockerung des Anbindegebotes für Gewerbebauten außerhalb von Ortschaften wird zu einer Ansammlung von Scheußlichkeiten entlang der Schnellstraßen unseres schönen Bayern führen.

Das Anbindegebot besagte bisher, dass Gewerbegebiete an bestehende Siedlungen anzugliedern sind und außerhalb von Ortschaften nicht willkürlich auf der grünen Wiese ausgewiesen werden können. Diese Regelung gab es bisher aus gutem Grund: Sie hatte das landesplanerische Ziel, die lebendige Vielfalt der Landschaften und den erlebbaren Wechsel von offenen Flächen und Siedlungen zu bewahren. Diese Vielfalt muss auch weiterhin vor Zersiedlung und beliebig angeordneten Gewerbearealen bewahrt werden.

Wir fragen Minister Söder: Wollen Sie wirklich Zersiedelungen wie in Norditalien?

Hat der Minister mit seinem neuen LEP-Entwurf, das 2003 mit großem Brimborium gestartete Bündnis zum Flächensparen außer Kraft gesetzt?

Ist das neue LEP überhaupt noch mit der Verfassung vereinbar, die uns zum sparsamen Umgang mit Ressourcen und Naturgütern verpflichtet?

ÖDP-Mandatsträger in den Kreistagen und kreisfreien Städten bringen in diesen Wochen im Rahmen der Anhörung zum neuen Landesentwicklungsprogramm einen Änderungsantrag ein mit der klaren Forderung: Herr Heimatminister, lassen Sie unsere Heimat wie sie ist!

Ein wichtiges Thema der nächsten Monate wird auch die von uns geforderte staatliche Garantiever sicherung gegen Elementarschäden sein, über das wir heute Nachmittag noch ausführlich sprechen. Die Versicherungsgesellschaften wehren sich gegen einen staatlichen Elementarversicherungsschutz und befürchten Geschäftseinbußen. Prompt hat sich auch Ministerpräsident Seehofer gegen einen staatlich garantierten Versicherungsschutz ausgesprochen. Kann es wirklich sei, dass die besondere Pflege der politischen Landschaft durch Versicherer bereits eine gewisse Wirkung entfaltet. Auch hier in diesem für viele Menschen existenziellen Bereich?

Ich habe kürzlich einen interessanten Brief aus dem Innenministerium bekommen. Nicht direkt an mich, sondern über den Bayerischen Bezirkstag und den Bezirkstag an alle Bezirksräte. Darin erklärt ein Ministerialdirigent ganz genau, was es mit dem neuen § 108e Mandatsträgerbestechung und dem Verbot, ungerechtfertigte Vorteile anzunehmen, auf sich hat. Das gilt nämlich auch für Bezirksräte und für alle Lokalpolitiker. Jeder hier im Saal findet das gut.

Aber es bleiben Fragen offen:

Und ich habe mir gedacht: Wenn ich das schon über den Bezirkstag erhalten habe, dann will ich aber auch, dass der Bezirkstag sich erkundigt und kritisch nachhakt:

Weshalb gilt das für Abgeordnete und Bezirksräte zu Recht bestehende Verbot, einen ungerechtfertigten Vorteil anzunehmen, nicht auch für die politischen Parteien?

Müsste denn die diesem Verbot zugrunde liegende Einschätzung, dass der Geber eine Gegenleistung von Mandatsträgern erwarten könnte, nicht grundsätzlich auch für die Parteien gelten?

Das soll der Bezirkstagspräsident im Auftrag des Bezirkstages im Innenministerium nochmal nachfragen. Man muss das einfach nochmal genau klären, habe ich beantragt.

Kommt demnächst auf die Tagesordnung und wird sicher wieder höchst interessant.

Was mich sonst im Bezirkstag umtreibt, lesen Sie alle des Öfteren in der Zeitung:

- der Ausbau der Versorgung in den Bezirkskrankenhäusern
- Passivhausstandard für die bezirkseigenen Immobilien
- Denkmalpflege
- Ganz aktuell das Anbindegebot

Gerade die Bezirke fächern unser schönes Bayernland auf in Regionen mit verschiedenen Traditionen und kulturellen Eigenheiten. Und zu letzteren gehören gewachsenen Kulturlandschaften.

Liebe Freundinnen und Freunde,

zum Schluss ein Dankeschön an alle Bezirksvorstandsmitglieder, die mit mir zusammen viele Aktivitäten angestoßen haben:

Ich bedanke mich bei meinen beiden Stellvertretern, Christine Ackermann und Oswald Zöller (Bierkorb)

Bei Jörn Rüter, der die Kasse geführt hat und mir bei der Parteitagsvorbereitung geholfen hat.

Bei den Beisitzern Michael Schöffberger, Rosmarie Pfefferl und Bernd Wimmer: Bernds Spezialauftrag ist die immer öfter gelikte facebook-Präsenz und unser Internetauftritt

Die Zahl der Mitglieder in Niederbayern ist in den letzten beiden Jahren saldiert gestiegen von 790 auf 807. Der in der Mitgliederwerbung führende Kreisverband ist eindeutig Kelheim.

Wir haben uns vor allem auf die Öffentlichkeitsarbeit konzentriert und ich nenne hier nur beispielhaft einige wenige Aktivitäten:

Minister Müller in Passau

Minister Schmid in Aldersbach - > Alois Aigner

Teilnahme am internationalen Donaukongress des BN

Teilnahme an Anti-Atomkraftdemo in Niederaichbach

Vielerorts Protest gegen die Flächenverbrauchsorgie des Bundesverkehrswegeplans

(Martin Ziegler )

Und stellvertretend für die vielen Aktivitäten in den Kreisverbänden wollen wir heute die Landshuter mit ihrem anhaltenden und berechtigten Protest gegen den Skandal-Schlachthof VION bejubeln, allen voran unsere Stadträtin Elke März-Granda.

Und zu guter Letzt freuen wir uns über zwei Dinge:

- das Wahlergebnis von Birgit Wack bei der außerplanmäßigen Landratswahl in Kelheim: 7,4% bei 7 Kandidaten.
- Und schließlich über die gute Nachricht für morgen und übermorgen: Wir haben die Jungen Ökologen Niederbayern gegründet.

... Einschub von Sandra Beinbauer...

Ganz zum Schluss:

Manfred Weber plagen große Sorgen. Er sorgt sich um das Erscheinungsbild europäischer Institutionen:

Wir auch.

Wir glauben, dass Europa aus vielen Gründen wichtig ist aber vor allem aus zwei überragenden:

- Sicherung des Friedens
- Erkenntnis, dass die Nationalstaaten gegen die Global Player der Ökonomie nicht mehr viel auszurichten vermögen

Aber anstatt die richtigen Lehren zu ziehen. Anstatt endlich zu begreifen, dass die Bürger von der Europäischen Union einen schützenden ökologisch-sozialen Rahmen erwarten, fordert Manfred Weber als Schlussfolgerung aus der gegenwärtigen Krise Europas...

... wer kann es sich denken? Was glauben Sie fordert der Herr Abgeordnete, um das Europaparlament effektiver und handlungsfähiger zu machen und die Distanz der Bürger zu Europa abzubauen?

Er fordert bei der Europawahl eine Fünf-Prozent-Klausel, um die Zersplitterung durch einzelne Vertreter von Kleinstparteien zu verhindern.

Der einzige Europaabgeordnete aus Deutschland, der glaubhaft gegen Lobbyismus und Politische Korruption zu Felde zieht, unser ÖDP-Abgeordneter Klaus Buchner, er soll nach Ansicht von Manfred Weber das Mandat der Wähler für die ÖDP bei der CSU abliefern.

Ich sage: Diese Kampfansage nehmen wir an.

...

Kämpfen wir gemeinsam für eine ein besseres Europa, gegen die Konzernhörigkeit des etablierten Politikbetriebes. Gegen die politische Korruption, die dieses Land lähmt!

Wir bleiben dabei: Alles Wirtschaften dient dem Gemeinwohl.